

gegeninformation



argumente: weder zeitgemäß noch konstruktiv

Die politischen Herren Europas
kämpfen um ihren Kredit

und sparen am Lebens-
unterhalt ihrer Völker

Egal, wofür ein Staat Kredit genommen und ausgegeben hat; egal, ob sein Haushalt gestern noch als solide galt; wenn die Finanzhäuser ihm den Kredit entziehen, dann gilt: Es muss ihnen bewiesen werden, dass ab sofort im Lande grundsolide gewirtschaftet wird.

Dann muss auf Teufel komm raus gespart werden. Und das geht notorisch auf Kosten derer, die von Lohn und Rente leben müssen.

Betroffene, z.B. „die Empörten“, melden sich zu Wort und protestieren.

Dass sie das tun, ist überfällig. Nur leider:

Die Empörung der „Empörten“ ist verkehrt!

Sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft.

Unter den Parolen „Empört euch!“ und „Echte Demokratie jetzt!“ habt ihr euch für europaweite Proteste zusammengetan. Ihr wollt etwas dagegen unternehmen: gegen ein Wirtschaftssystem, das, wie ihr sagt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht; gegen Politiker, Manager und Banker, die die Krisenprogramme machtvoll durchsetzen und damit zahllose Lebensperspektiven zerstören.

„Diese Politiker vertreten uns nicht!“

lautet euer Vorwurf an die Adresse der Regierenden, und da denkt ihr daran, dass eure materiellen Lebensinteressen bei der politischen Klasse ausgesprochen schlecht aufgehoben sind. Das ist kein Wunder, doch wenn man als Betroffener die Politiker, die Akteure des Krisenprogramms, ins Visier nimmt, steht man schon vor einer Entscheidung: Entweder man geht der Frage nach, welche Interessen diese Volksvertreter wirklich vertreten; dann stößt man unweigerlich darauf, dass demokratische Politik durch Krise und Boom hindurch eine Raison verfiert, die den Notwendigkeiten der Nation und des kapitalistisch wirtschaftenden Eigentums verpflichtet ist und definitiv nicht den Lebensinteressen der Leute, die dafür arbeiten müssen; dann wäre immerhin der Grund im Visier, dem man die eigene beschissene Lage zu verdanken hat, und im Übrigen auch die Frontstellung klar. Oder man ist von Zapatero, Papandreou und den anderen Figuren enttäuscht, weil sie das Geschäft der politischen Vertretung so schlecht betreiben, wo man doch von demokratischen Führern Besseres erwarten könnte – und ihr habt euch offenbar dafür entschieden: Politiker, Wirtschaftsführer und Bankenmanager – sie alle sind für euch korrupt, wie ihr in eurem Manifest „Echte Demokratie jetzt!“ beklagt. Ihr beschwert euch über flächendeckenden Amtsmissbrauch, wie er eigentlich nicht sein müsste. Diese Absage an eine verkommene

politische und wirtschaftliche Elite ist äußerst unkritisch, auch wenn ihr denen frech „haut alle ab!“ entgegen ruft. Sie gilt nämlich nur diesen Figuren, eben Zapatero, Papandreou und Co., lebt also von der Vorstellung, es könnte und sollte doch auch viel bessere, ehrlichere Politiker geben. Eure Absage gilt überhaupt nicht den demokratischen Ämtern, kraft derer die Politiker ihre Krisenpakete schnüren, sondern allenfalls dem Geld, das sie damit verdienen. Habt ihr euch schon einmal überlegt, wie läppisch das – die persönliche Bereicherung im Amt – im Vergleich zu den legitimen Machtbefugnissen ist, die sich die Politiker damit erwerben?

Vermutlich nicht, sonst würdet die Macht über euch und eure ihr nicht „Echte Demokratie jetzt!“ Lebensumstände geben. Und fordern. Ausgerechnet Demokratie: dann fällt euch ein, dass man die Das Volk darf unter mehreren Bande der Mächtigen aber ganz Machtfiguren auswählen, und die genau kontrollieren muss! Eine gewählte Regierung ist dann streng Schnapsidee, mal ganz abgesehen demokratisch ermächtigt, in aller von den Forderungen, mit denen Freiheit, ohne Rücksichtnahme ihr ganz „konkret“ sein wollt: Ihr auf die Wähler, den Erfolg des verlangt „Anwesenheitspflicht“ nationalen Standorts zu betreiben im Parlament und „mehr Arbeit“ – so buchstabieren sich „demos“ für die Politiker: Parlamentarische und „kratein“ in der echtsten Arbeit, mit der gerade eben Demokratie, die es gibt! Und ihr? die Rente wieder gesetzlich Ihr wollt echte demokratische einwandfrei gekürzt wird – ihr Wahlen, also Politiker in Ämter könnt euch doch nicht im Ernst hieven, die ihnen überhaupt erst mehr davon wünschen!?

„Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf den Wohlstand der Gesellschaft zu achten“

ist einer eurer kritischen Kernsätze über den Kapitalismus, der euch empört. Dass sich alles um Schulden und Geld dreht, dass alle eure Berechnungen auf eine auskömmliche Existenz einem stabilen Euro und einer soliden staatlichen Schuldenwirtschaft geopfert werden, ist nicht zu übersehen. Die europäischen Politiker sagen auch ganz offen, dass es dazu, den Leuten

ihrer Wohlstand zu kürzen, damit Spanien usw. wieder auf die Beine kommt, einfach keine Alternative gibt. Da könnte man sie doch einmal beim Wort nehmen: Ja, Spanien, Griechenland und alle anderen Nationen, das sind nichts als Kapitalstandorte, die ihren Erfolg auf die nützliche Armut der Masse ihrer Bevölkerung gründen; einen Erfolg, der sich in wachsenden Schulden und Geldvermögen und einer stabilen Währung bilanziert. Kapitalvermehrung und Wachstum des staatlich bilanzierten Geldreichtums, das ist der nationale Wohlstand, auf den es ankommt, dessen Mehrung zu fördern ist Ziel und Aufgabe der politischen Verwalter des Systems, etwas anderes hat man von diesen Gesellschaften also nicht zu erwarten. Ihr aber haltet die derzeitigen Verhältnisse offenbar bloß für eine *Übertreibung*, eine *Entgleisung* sozusagen, die eigentlich gar nicht sein müsste in diesem System. Ihr schreibt nämlich:

„Wir brauchen eine ethische Revolution. Anstatt das Geld über den Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Waren.“

Wie kommt ihr denn auf „wieder“? Könnt ihr uns verraten, in welcher Sekunde der Geschichte des Kapitalismus das Geld je im Dienste des Wohlergehens der Menschen und ihrer materiellen Wohlfahrt gestanden hätte? Wie sollte so ein „Dienst“ auch aussehen? Etwa so, dass das Geld einen Boom auf dem spanischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt veranstaltet, wo ihr euch krummgelegt habt für eine

Wohnung und den zu bedienenden Kredit, euch abgestrampelt habt für irgendeinen meist schlecht bezahlten Job? Trauert ihr etwa diesen beschissenen ‚besseren Zeiten‘ nach, weil jetzt die Wohnung zwangsversteigert wird oder der Job weg ist? Dann liegt ihr verkehrt, denn gestern waren haargenau *dieselben* Systemzutaten mit haargenau den *gleichen* Rechnungsweisen in Kraft, wie sie heute, in Krisenzeiten,

massenhaft Leute, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den Ruin treiben. Ihr erlebt nichts als die unausweichliche Konsequenz von gestern, wo eure Perspektiven mit Wohnung und Job auch nichts anderes waren als Instrumente privater Eigentümer, mit euren Schulden oder eurer Arbeit ihr Geldvermögen zu vermehren. Arbeiten für Geld, Wohnen nur, wenn man einen Bankkredit bedient oder Miete bezahlt, ein Bankwesen überhaupt, usw. usf. – das gehört zum bleibenden Inventar einer kapitalistischen Wachstumsmaschine und stiftet die alltäglichen Notlagen für die, die in diesen Verhältnissen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, der von der Bedienung all dieser Geschäftsrechnungen abhängt. Deswegen steigen im Krisenfall, wenn die ganzen Wachstumsansprüche der Wirtschaft nicht zur Zufriedenheit aufgehen, auch die Unkosten für all diejenigen, die vom Dienst an diesen Ansprüchen leben.

Eure Not von heute beweist also etwas ganz anderes als eine

„*ethische Verantwortungslosigkeit*“. Sie beweist, welche armseligen und prekären Rechnungen ihr gestern *mit* dem kapitalistischen System eingegangen seid. Und sie beweist überhaupt nicht, dass in der Krise jetzt der „*Missbrauch*“ des Geldes eingerissen wäre und die Macher des Systems ihrer „*Verantwortung*“ nicht gerecht würden, wie ihr in eurem Manifest behauptet: Nicht einmal jetzt wollt ihr die Einrichtungen, die euch das Leben so schwer machen, angreifen; ihr bildet euch statt dessen ein, mit einer anderen, wie ihr meint ‚verantwortungsvolleren Einstellung‘ seiner Agenten wäre der kapitalistische Laden für eure Lebensinteressen dienstbar zu machen – da könnt ihr lange warten, die Angesprochenen weisen euch doch unmissverständlich auf ihre nationale Verantwortung hin, die ihnen keine Alternative zu ihrem Verarmungsprogramm lässt.

In eurem Manifest fordert ihr *öffentliches* Eigentum anstelle von *Privatisierung* – das soll es bringen, wo euch gerade die öffentliche Gewalt als Arbeitgeber, Rentenverwalter

oder Steuereintreiber das Leben schwer macht? Ist es euch nicht zu bescheiden, als Konsequenz von Zwangsräumungen und -versteigerungen empört *Miet-beihilfen* zu fordern – und gegen das Recht der Immobilieneigentümer, an den Wohnbedürfnissen ordentlich zu verdienen, kein böses Wort zu verlieren? Ist es nicht jämmerlich, die *Verstaatlichung* von Banken zu fordern – also ihre staatlich betreute *Sanierung*, damit dann nach der Krise ihre Kredit- und Spekulationsgeschäfte wieder erfolgreich losgehen? Habt ihr denn nicht mehr zu fordern als *Arbeitsplatzsicherheit*? Die ganze Hoheit über die Arbeit soll bei den Herren Arbeitgebern bleiben – sie sollen euch nur ganz bestimmt in den bezahlten Dienst an ihrem Eigentum nehmen! Ein sehr bescheidener Antrag, der überhaupt nur *im Vergleich* einen Vorteil bietet – zur einzigen Alternative nämlich, die das marktwirtschaftliche System für Arbeitnehmer bereithält: dem Elend der Arbeitslosigkeit.

Eine eurer prominentesten Parolen lautet:

Lesetipp: GegenStandpunkt - Politische Vierteljahreszeitschrift

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

3-11

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung
„Die Krise ist zurück!“

Brasiliens Aufstieg –
eine imperialistische Erfolgsstory
Land und Volk im Dienst kapitalistischen Wachstums
und nationaler Macht

Krisenbewältigung in Ungarn
Eine „nationale Revolution“ im Hinterhof der EU

Die unhaltbare Lage eines Transitlands zwischen West und Ost
Wie der Westen und Russland
Weißrussland in die Krise gestürzt haben

Mikrokredite gescheitert? · Humanismus verpflichtet Deutschland zum Krieg – „wo immer das geht“! · Noam Chomsky: Kleine Studie zur Debattekultur · Ehe: „Lebensmittel sind ein Risiko“ · Mit dem Jobwunder aus dem Ein-Euro-Job-Gefängnis · Zu den Protestbewegungen „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“: Eure Empörung ist verkehrt · Prominente Männer ficken namenlose Frauen – wie ist die Rechtslage? · Neues aus dem Gesundheitssystem: Krankenkassen-Defizit einfach wegkonkurrieren! · Fachkräftemangel: Radikaler Anspruch auf Qualifikation zu niedrigem Preis · Deutsche Waffen für Saudi-Arabien? · Ja + Aber = Aber immer! · Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung: „Die Krise ist zurück!“

Seit Griechenland von seinen Euro-Partnern und dem IWF Kredit bekommen hat und die verlangten Maßnahmen zur Sanierung seines Haushalts tapfer voranbringt, sind nicht nur dort die Zahlungsnöte der Regierung immer größer geworden. Auch das Geschäft mit Staatsanleihen der Euro-Länder Irland und Portugal ist inzwischen total eingebrochen; die Zinsen bzw. Risikozuschläge für Staatsanleihen Spaniens und Italiens erreichen unververtretbare Höchstwerte. Jenseits des Atlantik steht es auch nicht gut: Da erkennt eine der drei wichtigen Rating-

Agenturen den Staatsanleihen der USA nurmehr die Note „AA+“ zu und schickt damit die „Börsen auf Tal-fahrt“. Hinzu kommt: Mit der Weltkonjunktur sieht es gar nicht gut aus. Schuld daran und an den mittelfristig schlechteren Aussichten sind nach verbreiteter Einschätzung nicht zuletzt die Sparbemühungen vieler Staaten, die andererseits wegen ‚Krise‘ unvermeidlich sind... Eine dumme Sache, so eine Krise; eine, die Aufklärung verlangt: Europas Staatsschulden sind zu hoch: Fragt sich nur: Zu hoch für wen und für welchen Zweck? – Was

zu viel ist, gehört gestrichen. Aber genau das darf nicht passieren. – Die verschuldeten Euro-Staaten sind als Garanten ihrer Schulden gefordert, also als Konkurrenten herausgefordert – Auch die USA sind überschuldet – Die Lösung für die USA: Ein Kompromiss im Haushaltsstreit, der einen weltweiten Börsenkrach auslöst – Die Lösung für Europa: Ein finanzpolitischer Kraftakt zur Rettung der Euro-Zone, ein verschärfter Konkurrenzkampf, ein Börsenkrach für alle und ein Ringen um mehr politische Kontrolle der EU-Führungsmächte.

EU-Krisenland Ungarn: Eine „nationale Revolution“ im Hinterhof der EU

Nicht Griechenland, sondern das Nicht-Euro-Land Ungarn ist der erste Pleitier unter den EU-Staaten, schon 2008. Seither ist Ungarn dank seiner staatlichen Kreditnöten erpressbar, ökonomisch auf den Schuldendienst festgelegt und von EU und IWF zur Erfüllung von Haushalts- und anderen Auflagen genötigt. Das halten die im Frühjahr 2010 mit überwältigender Mehrheit an die Macht gewählte Partei Fidesz und ihr Chef nicht aus. Als vom Anrecht Ungarns auf nationale Größe überzeugte, daher abgrundtief unzufriedene Nationalisten

erklären Orbán und sein Fidesz dieser demütigenden Lage den Krieg. Sie sind fest entschlossen und sehen sich vom Volk beauftragt, Ungarn seinen „würdigen Platz im 21. Jahrhundert“ zu erkämpfen. Dazu muss die Nation sich wieder auf ihr Recht auf Macht und Erfolg besinnen, den Willen zur Selbstbehauptung fassen und sich in diesem kämpferischen Geist zusammenschließen. Der „ungarische Geist“, ein kämpferischer Patriotismus soll die Nation künftig wieder beseelen – das ist für den Fidesz das Fundament für den Wiederaufstieg

des krisengeschüttelten Ungarn. Dass ihr radikales Staatsprogramm auch das Anliegen jedes guten Volksgenossen ist, davon gehen die Staatsretter aus, verlangen von jedermann, sich als Beitrag zur Stärkung der neuen Einheit zu begreifen – und versprechen, ihren Laden künftig so zu organisieren, dass an diesem großen ‚Wir‘ wirklich keiner mehr vorbeikommt. Es geht also um nicht weniger als eine „nationale Revolution“ von oben, eine Kampfansage nicht nur ans Ausland, sondern auch und vor allem ans eigene Volk.

GegenStandpunkt 3-11 ist am 16. September 2011 erschienen.

ISSN 0941-5831, 144 Seiten, € 15.–

Zu beziehen über den Buchhandel oder den

GegenStandpunkt-Verlag

Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel: (089) 272 16 04

Fax: (089) 272 16 05

www.gegenstandpunkt.com

gegenstandpunkt@t-online.de

Brasiliens Aufstieg – eine imperialistische Erfolgsstory

Im Fall des brasilianischen Lula hat sich schnell herausgestellt, dass seine Klagen über den „Ausverkauf“ der Nation und seine Empörung über Hunger und Elend seines Volkes nie als Einspruch gegen die Rechnungsweisen der kapitalistischen Weltökonomie gemeint waren. Seine Unzufriedenheit gilt dem mangelnden Erfolg der Bemühungen Brasiliens, den Status des ewigen Schwellenlandes zu überwinden: Den Zustand der Volksmassen wie der heimischen Ökonomie nimmt

er als Zeichen dafür, dass das große Brasilien nicht den Platz in der Konkurrenz der Nationen einnimmt, der ihm nach seiner Auffassung zusteht. Diesen Zustand will er mit aller Macht korrigieren. Dafür werden Land und Leute – koste es sie was es wolle – als produktive Basis hergerichtet und damit alle Hoffnungen des Volkes auf ein besseres Leben auf diesen nationalen Erfolgsweg verpflichtet. Dass Brasilien in der „Ära Lula“ den Sprung in die Liga der Wirtschafts-

mächte geschafft hat, verdankt sich allerdings nicht einfach dem nationalistischen Willen seiner Anführer zur Korrektur der Konkurrenzverhältnisse, der weder früheren Militärdiktatoren noch späteren zivilen Regierungen fremd war, sondern einer veränderten Weltmarkt- und Weltmachtlage. Die verschafft Brasilien neue Mittel und Gelegenheiten für das staatliche Bedürfnis nach nationalem Erfolg auf dem Weltmarkt und in der Konkurrenz der Mächte.

Ferner: **Wie der Westen und Russland Weißrussland in die Krise gestürzt haben.**

Und: **Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes**

„Wir sind keine Systemfeinde – das System ist uns gegenüber feindlich.“

Die zweite Hälfte verstehen wir als eine Zusammenfassung eurer Beschwerden über Entlassungen, Lohnsenkungen, Rentenstreichung, Steuererhöhung, Zwangsversteigerungen usw.: Darüber also, dass euch die politischen Verwalter des Systems mit ihrer öffentlichen Gewalt rücksichtslos eure Lebensverhältnisse kündigen, damit private Geldvermögen gerettet werden und die Nation kreditwürdig bleibt. Umso weniger verstehen wir die erste Hälfte: Wieso besteht *ihr* darauf, keine Gegner dieses euch so feindlich gesinnten Systems zu sein, sondern

„Normale Menschen. Wir sind Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden, Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu geben.“

Ausgerechnet so eröffnet ihr euer Manifest! Mit der demonstrativ zur Schau getragenen *Bereitschaft*, in diesem System als nützliches Rädchen mitzuarbeiten. Die Kommandeure pfeifen auf eure Dienste und lassen euch für die Systemschulden zahlen, und ihr kommt ihnen damit, dass *ihr* die Mitarbeit am System deswegen noch lange nicht kündigen wollt! Ausdrücklich wollt ihr keine Gegner dieser Verhältnisse sein, pocht stattdessen mit eurer „Normalität“ darauf, dass ihr als anständige Menschen es eigentlich nicht verdient hättet, von euren Herren so

schäbig behandelt zu werden, seid am Ende enttäuscht und empört über diejenigen, die euch kaltlächelnd euer Auskommen zusammenstreichen.

Mit dieser Empörung haltet ihr unerschütterlich an der Illusion fest, das System von Demokratie und Marktwirtschaft hielte letztlich doch irgendwie eine Lebensperspektive für Leute wie „*dich und mich*“ bereit. Damit verschafft ihr euch allenfalls das schöne Gefühl, als gute Menschen moralisch Recht zu behalten gegenüber den schlechten Repräsentanten des verkommenen Systems.

Dieser Protest hat eine Bibel, das 2010 erschienene, millionenfach verkaufte 14-seitige Pamphlet „*Empört euch!*“; ihr Evangelist und Prediger ist der französische Résistance-Veteran Stéphane Hessel. Zahlreichen Protestierenden muss diese Schrift dermaßen gefallen haben, dass sie sich gleich „*die Empörten*“ nennen: Sie meinen tatsächlich, dass die öffentlich vorgetragene moralische Entrüstung, die zur Schau getragene *Betroffenheit* eine Trumpfkarte ihres Protests wäre, weil sie sich mit ihren bescheidenen Forderungen nach Wohnen und Arbeiten, ihrer unbedarften staatsbürgerlichen Haltung absolut *im Recht wähnen*: Eigentlich wäre ihnen das in den Grundrechten des herrschenden Systems versprochen, beteuern sie und deuten die schönen Ideale guten Regierens als eine einzulösende Pflicht einer Herrschaft, die ihnen zwar praktisch das Gegenteil beweist, bei der sie aber trotzdem Gehör zu finden hoffen.

Von der Kanzel der moralischen Empörung herab predigt auch St. Stéphane. Seine Liste der *Missstände* liest sich in etwa genau so wie die der jungen Empörten, die in Madrid oder Athen auf die Straße gehen: die Streichung der „*sozialen Errungenschaften*“, die unwürdige Behandlung der Immigranten, die private Geldbereicherung, der „*Vorrang des Geldes*“ über die „*gerechte Verteilung des Reichtums*“, „*der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten, der noch nie so groß war wie heute*“, die „*aktuelle Diktatur der Finanzmärkte, die den Frieden und die Demokratie bedrohen*“ und dergleichen mehr. Nur: Wo sich die Demonstranten wegen ihrer materiellen Belange aufstellen, da stellt Hessel die Sache auf den Kopf: Er fordert die Jugend zur Empörung auf, weil er die materiellen Nöte der Leute wie vieles andere als Beweis für einen Notstand und einen Geschädigten anderer, höherer Art begreift. Die Protestnoten, welche die Empörten auf den Straßen *ihrer geschädigten Interessen wegen* vortragen, sind bei Hessel *Symptome* eines empörenden Gesamtzustandes, in dem sich seine *République* befindet. Die macht er als eine bedrohte sittliche Gemeinschaft vorstellig, die es zu retten gilt. Hier meldet sich ein Mahner, der von tiefer Sorge um das gute Erbe seiner *Grande Nation*, das er an verantwortlicher Stelle mit gestiftet hat, getragen ist, und das stilisiert er sich so zurecht:

„*Erinnern wir uns, dass die soziale Sicherheit im Sinne des*

Widerstands begründet wurde, mit dem Ziel, allen Menschen das Grundbedürfnis nach materieller Sicherheit zu gewährleisten. Ganz besonders zu Zeiten, in denen sie nicht oder nur unzureichend aus eigener Kraft für ihr existenzielles Überleben sorgen können. Eine Rente, die allen Arbeitnehmern einen würdevollen Lebensabend sichert. Die Energiequellen Strom und Gas, die Kohlebergwerke, die großen Banken sind nationalisiert. Das Programm (des damaligen Rates des französischen Widerstands von 1944; d.V.) empfiehlt die ‚Rückkehr zur Nation der großen monopolistischen Produktionsmöglichkeiten, Frucht der gemeinsamen Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungen und großen Banken, die Einrichtung einer wirklich wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.‘“

Die Restaurierung der vom Krieg zerstörten Nation, ihre Herrichtung zum erfolgreichen Kapitalstandort mit allen sozialen Einrichtungen, die eine auch auf Dauer rentable Benutzung der arbeitenden Klasse braucht, verklärt Hessel zum Vorhaben, alle Franzosen von materiellen Sorgen zu befreien, sie so in einer Republik zu vereinen, die ein einziger Hort praktizierten französischen *Gemeinsinns* ist und die sie daher mit Recht als ihre *wahre Heimat* auffassen können. Dieser große Patriot hat selbst hingebungsvoll mitformuliert an der Überhöhung des postfaschistischen Staatsprogramms und an den Idealen demokratischer Herrschaft in der

Vortrag und Diskussion

Die Menschenrechte

Heiligenschein und diplomatische Waffe der Staatsgewalt

Keine Woche vergeht, ohne dass private Vereine wie Human Rights Watch, Journalisten oder Politiker Menschenrechtsverletzungen anprangern. Die Liste reicht von Folter und Wahlbetrug bis zu gesperrten Internetseiten. Auf der Anklagebank sitzen in der Regel auswärtige Regierungen oder „selbsternannte“ Diktatoren, und das zumeist ideelle Gericht setzt sich aus Freunden und Vertretern der westlichen Wertegemeinschaft zusammen. Die zitierten Übergriffe sind an der Tagesordnung, weil der Globus von Staaten bedeckt ist, die sich ihr mehr oder weniger benutzbares Fußvolk mit Gewalt gefügig machen. Der Vorwurf der Verletzung von Menschenrechten will freilich gar keinen positiven Grund für die Brutalitäten der Politik entdecken. Fehlende Rechte, schlechtes Regieren lautet die Kritik, die ein einziges Plädoyer ist für gutes Regieren, Herrschaft also.

Und das soll nur durch die Beachtung der Menschenrechte zu haben sein. Sie gelten nämlich als aus der Natur des Menschen entspringendes Recht auf Respekt durch die staatliche Obrigkeit, als Recht nicht durch, sondern gegen den Staat, als Regelwerk, das nicht wie sonst üblich die Bürger, sondern die Staatsmacht zu Wohlverhalten verpflichtet. Eine Paradoxie, weil der Staat selbst keiner Gewalt unterliegt, die ihn verpflichten könnte. Es ist umgekehrt, er als höchste Gewalt definiert selbst Rechte und Pflichten. Wenn Staaten sich dennoch in die Pose werfen, diesen famosen Rechten zu folgen, handelt es sich bestenfalls um eine Selbstverpflichtung, die in dem Versprechen besteht, auf solche Übergriffe zu verzichten, die sie nicht für nötig halten. Herrschaft light, diese Verklärung des einzig denkbaren Täters für politische Gewalt zur Schutzmacht ihrer Objekte, das gefällt Untertanen. Sie fürchten sich nämlich nicht zu Unrecht vor dem, was ihre Herrschaft alles könnte, wenn sie es denn wollte.

Dieselbe Staatsgewalt, die nach innen unbedingt durch den Menschenrechtskatalog von Grobheiten gegen ihre Bürger abgehalten werden muss, ist nach außen der erste Bündnispartner für die privaten Anhänger der human rights. Wo immer in der Welt sie die Einhaltung der Menschenrechte einklagen, die heimische Politik ist bevorzugte Ansprechadresse für die Durchsetzung menschenrechtlicher Standards. Denn nur die Gewalt vermag, wovon sie nur träumen können, nämlich ganze Regierungen auswärts unter Aufsicht zu stellen. Selbst Kriege wie der auf dem Balkan werden im Namen der Menschenrechte durchgeführt, ohne den Beifall der privaten Menschenrechtler zu verspielen. Im Gegenteil.

Nicht nur das muss nachdenklich stimmen.

Bonn, Dienstag, 6. Dezember 2011, 20:00 Uhr
Buchladen „Le Sabot“, Breite Str. 76

Bochum, Mittwoch 7. Dezember 2011, 19:00 Uhr
Uni Bochum, AstA-Kulturcafé, Universitätsstr. 150

UNO-Menschenrechtskonvention von 1948. Jahrelang hat er seinen Landsleuten den Sieg über den deutschen Faschismus und die nachfolgende Etablierung der neuen französischen Herrschaft als nationale Verpflichtung gegenüber hehren *Idealen und Werten* der Menschheit verkauft hat und von Frankreich auf seinem Weg „*zum demokratischen Staat in seiner Vollendung*“ – und jetzt, wo er in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Renten Kürzung, Verelendung der Jugend, Privatisierung der erfolgreichen französischen Konzerne mit den Ergebnissen des 65-jährigen Wirkens dieser schönen Demokratie konfrontiert ist, ordnet er die in sein patriotisches Weltbild ein und ist radikal enttäuscht: Diese großartige Nation hat sich von sich selbst entfremdet, so, wie sie aktuell verfasst ist, können Franzosen sich in ihr unmöglich gut beheimatet finden! So werden die Vielen, die sich über die Durchkreuzung ihrer Lebenschancen empören, in ihrem *Fehler* bestätigt. Von genau denen, denen sie ihr Elend zu verdanken haben, wünschen sie sich Verhältnisse, mit denen sie sich ihre Besserstellung ausrechnen: Für ein auskömmliches Leben in der Klassengesellschaft zu sorgen, fällt in ihrem unverwüstlichen Glauben ja genuin in den Zuständigkeitsbereich demokratischer Herrscher, also sollen die auch endlich ihrem Auftrag nachkommen. Für den französischen Großmoralisten ist dieser Auftrag dem neuen Frankreich gleich bei seiner Geburt mit auf den Weg gegeben worden, so dass für ihn Franzosen nicht in ihren beschädigten Interessen einen Grund zur Empörung haben. Der Umstand, dass *ihr Vaterland* es so weit hat kommen lassen, dass ein

Humanist, der nichts begreifen will, an ihm verzweifelt, ist für ihn der *Generalgrund* für Empörung. Seinen jungen Landsleuten ruft er daher „*Empört Euch!*“ zu und versichert ihnen, dass sie dann, wenn sie nur suchen, die Gründe ihrer Empörung ganz bestimmt finden werden – und welche Konsequenz daraus folgt:

„*Den jungen Leuten sage ich: schaut Euch um, ihr findet genug Themen, Euch zu empören – wie man mit den Immigranten umgeht, mit Menschen ohne ‚juristische Legitimation‘, mit den Roma und Sinti. Ihr werdet konkrete Situationen*

finden, die Euch zu kraftvollem Handeln als Bürger veranlassen werden. Sucht und ihr werdet finden!“

Die Empörung, die Hessel einfordert, zielt also ausdrücklich nicht auf eine Absage, sondern auf eine verantwortungsvolle Haltung, die anständige französische Bürger angesichts des Zustands ihres Landes einzunehmen hätten, auf ein „*kraftvolles*“ staatsbürgerliches Engagement, das sich der Nation als sittlichem Kollektiv verpflichtet weiß. Werdet radikal – aus Sorge um euer Vaterland!

Zwei haben sich jedenfalls schon mal gefunden: Auf der einen Seite viele junge Menschen, die sich weigern, der beschissenen Lage, an der sie Anstoß nehmen, auf den Grund zu gehen und daher Kritik durch Alternativvorschläge ersetzen, wie Demokratie und Kapitalismus doch auch gut zu ihrem Vorteil regiert werden könnten. Und ein Fundamentalkritiker auf der anderen Seite, der von vorneherein jeden materiellen Grund zur Kritik zum bloßen Anlass degradiert, sich in *der* Empörung Luft zu verschaffen, auf die er als Patriot sich versteht, und darin die Perspektive für eine Generation sieht, die für ihr Auskommen keine mehr hat. Als gute Bürger sollen die Jungen den nationalen Gemeinsinn repräsentieren, der den Regierenden abgeht, und können sich – und sollen sich vor allem auch – bei allem, worüber sie sich empören, in einem sicher sein: Insofern sie sich nur nach Maßgabe all der idealen Prinzipien, denen nach Auffassung guter Menschen das Gemeinwesen verpflichtet ist, um *dessen* sittliche Vervollkommnung bemühen, ist ihre Empörung *absolut gerechtfertigt*. Nicht zufällig spricht der Mann damit vielen aus dem Herzen, die Grund haben, aufzubegehren, das aber so verkehrt tun. Zwar ist das Gefühl, *unbedingt im Recht* zu sein, der *einzig* Ertrag, den eine symbolträchtige Versammlung von ihrer Regierung enttäuschter Bürger vor Parlamenten oder auf großen Plätzen abwirft. Aber insofern die derart Empörten das gar nicht als Mangel ihres Protestes, vielmehr umgekehrt ihr massenhaftes Versammeln schon als dessen Erfolg begreifen, haben sie in den Herzenergießungen eines missionierenden Vaterlandsliebhabers ihre goldrichtige „*Bibel*“ gefunden: Sie deuten auf ihre elende Lage und landen mit ihrer Kritik bei der Beschwörung eines Idealbilds von Demokratie, der so ein Elend doch fremd zu sein habe – und bekommen von einem Missionar des Sich-Empörens gesagt, dass ihr alberner Idealismus die einzig senkrechte Antwort auf ihre Lage ist, weil nämlich die Demokratie grundsätzlich als Verfahren zur Fürsorge für die eingerichtet wurde, um deren Lebensglück es notorisch schlecht bestellt ist.

In Europa eskaliert der „Krieg der Kulturen“

Das Attentat von Norwegen und andere Maßnahmen zur Rettung des christlichen Abendlandes
(Artikel zum Thema im GegenStandpunkt 3-2011, siehe S. 2 dieser Zeitung)

Bonn, 19. Oktober 2011. 20:00 Uhr

Lohnarbeit als Dienst am Kredit

Diskussion des IV. Teils von Arbeit & Reichtum

(Text zur Vorbereitung online unter gegeninformation.net > Bonn)

Bonn, 16. November 2011. 20:00 Uhr

Weitere öffentliche Diskussionstermine der Gruppe Gegeninformation Bonn

Am 14.12.11 und 11.01.12.

**Jeweils mittwochs, 20:00 Uhr.
Im Buchladen „Le Sabot“,
Breite Str. 76, 53111 Bonn**

Protest und Randalen in Europa

„Die Empörten“, Riots in Londoner Vorstädten, etc.

Dortmund, 22. November 2011. 19:00 Uhr

Weiterer öffentlicher Diskussionstermin der GegenStandpunkt Redaktion in Dortmund am 13.12.11.

**Jeweils dienstags, 19 Uhr. Im Dietrich-Keuning-Haus,
Raum 226, Leopoldstraße 50-58, 44147 Dortmund**

Das Menschenbild in der Wissenschaft

Homo homini lupus - Höherer Blödsinn zur Menschennatur

**Donnerstag, 13. und 20 Oktober 2011. Jeweils 19:00 Uhr
Dortmund, Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44**

Die Gruppe illoyal veranstaltet außerdem einen regelmäßigen Diskussionstermin in Dortmund

Themen und Termine online auf gegeninformation.net > Dortmund

Jahr 5 der Weltfinanzkrise

Imperialistische Geldsorgen - und wie die Völker mit ihnen behelligt werden

Münster, 22. November 2011. 18:00 Uhr

Die Gruppe Destruktive Kritik veranstaltet regelmäßig einen öffentlichen Diskussionstermin:
Wöchentlich, mittwochs, 20:00 Uhr. Im Club Courage, Sternstr. 31, Münster.
Themen und weitere Infos gibts online auf gegeninformation.net > Münster

Kritik der Religion

Münster, 20. Dezember 2011. 18:00 Uhr

**Jeweils im Hörsaal S9 (Schloss)
der Universität Münster**

Die Gruppe Analyse und Kritik Bielefeld veranstaltet regelmäßig einen öffentlichen Diskussionstermin.

Am 8. November 2011, 13. Dezember 2011, 10. Januar 2012 und 14. Februar 2012

**Jeweils dienstags, 19:00 Uhr.
Im AJZ-Bielefeld, Heeper Straße 132**

Vortrag und Diskussion

Somalia, Äthiopien, Kenia, Sudan: „Der Hunger ist zurück!“ War er denn je weg?

Natürlich nicht. Es sollen aber mehr Menschen denn je vom Hungertod bedroht und neue Gründe hinzugetreten sein: In China wird mehr gegessen; EU-Exportsubventionen ruinieren afrikanische Subsistenzbauern; der Klimawandel führt zu extremen Dürreperioden; v.a. das Spekulationsgewerbe, das verstärkt in Lebensmittel geht und auf höhere Preise setzt...

All die Faktoren gibt es; nur das Element, das sie verbindet und für globale Teuerung sorgt, wird nie als Grund genannt: der Markt. Das Versorgen der Leute mit Nahrung ist nicht nur kein Zweck von Konzernen und Börsen, die auf Gewinn und Renditen aus sind: Die verheerende Ernährungslage in der Dritten/Vierten Welt – bei gleichzeitiger Überschussproduktion auf der Nordhalbkugel – ist auch kein Versagen der herrschenden Marktwirtschaft, sondern ihr notwendiges Resultat!

Dortmund, 18. Oktober 2011, 19:00 Uhr
Keuning-Haus, Raum 226, Leopoldstr. 50-58

Münster, 19. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Universität, Hörsaal S9 (Schloss)

Düsseldorf, 17. Dezember 2011, 14 Uhr
Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 1

Diskussionsveranstaltung

Kritik der Familie

Anlässlich des alljährlichen Fests der Liebe stellt die Gruppe Gegeninformation ihre kontinuierliche Befassung mit der politischen Ökonomie des Kapitalismus einmal zurück und widmet eine Diskussionsveranstaltung dem privaten Liebesglück, das (nicht nur) in schweren Zeiten Trost spenden und Halt geben soll. Thema der Veranstaltung ist die Kritik der gesellschaftlichen Institution Ehe & Familie. Es geht um die Frage, warum sich dieser Ort des Glücks, des Psychoterrors und des Amoklaufs nach wie vor unverwundlicher Wertschätzung, höchster moralischer Weihen und staatlicher Protektion erfreut.

Köln, 15. Dezember 2011, 20h

Weitere Diskussionsveranstaltung der Gruppe Gegeninformation Köln am 12. Januar 2012.

Jeweils donnerstags, 20h..
Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Clubraum,
Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Thema und weitere in Kürze online unter gegeninformation.net > Köln

Vortrag und Diskussion

Die Krisenkonkurrenz der Nationen

Die Finanzkrise geht mittlerweile ins fünfte Jahr. Bankrotte wurden abgewickelt oder verhindert, wertlos gewordene Wertpapiere in Bad Banks verstaubt usw. Die maßgeblichen Staaten haben den Zusammenbruch des globalen Kreditgeschäfts bislang mit hunderten Milliarden vermieden. Doch jetzt leidet der Staatskredit und um die Verteilung nationaler Konkurrenzenerfolge wie -niederlagen wird heftigst gerungen. Zur Aufklärung über die imperialistischen Geldsorgen macht Gegeninformation in Verbindung mit der Zeitschrift Gegenstandpunkt ein Diskussionsangebot. Es geht um die Staatsschuldenkrise als Lehrstück über die politische Ökonomie des Kapitalismus – und über das Programm der Herrschaft, die diese Produktionsweise betreut.

Köln, 20. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Alte Feuerwache, Clubraum, Melchiorstr. 3

Düsseldorf, 19. November, 14 Uhr
Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 1

Bonn, 30. November 2011, 20:00 Uhr
Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76

Bielefeld, 22. November, 19:00 Uhr
AJZ-Bielefeld, Heeper Straße 132